

Mit Sparen allein ist es nicht getan

Grüne appellieren an SPD, die „Lähmung der Stadt“ zu überwinden

js **Hilchenbach.** Die Stadt Hilchenbach bekommt wieder eine Sparkommission. Wie berichtet, hatte sich der Rat für die Einrichtung eines „Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung“ ausgesprochen, der Wege aus dem Nothaushalt aufzeigen soll. Am 16. September soll das aus 15 Politikern und Vertretern der Verwaltung bestehende Gremium erstmals auf die Suche nach Sparpotenzialen geschickt werden.

Inzwischen sind auch wieder Steuererhöhungen und die Anhebung von Gebührensätzen im Gespräch – nicht nur bei der Verwaltung und der Rats-Minderheit, sondern auch bei den Sozialdemokraten. Die mit Abstand stärkste Kraft im Rat spricht inzwischen – anders als die CDU – davon, wohl nicht um eine Steuererhöhung herumzukommen. Helmut Kaufmann, Chef der 15-köpfigen Fraktion, dachte im Rat laut über Hebesätze von 440 bis 450 bei der Gewerbesteuer bzw. 460 bis 470 Prozent bei der Grundsteuer B nach. Zur Erinnerung: Derzeit liegen die Hebesätze bei 412 bzw. 413 Prozent; die Verwaltung hatte sich für eine jährliche Anhebung beider Sätze um zehn Prozentpunkte ab 2015 ausgesprochen, um den Ausgleich des Etats bis 2022 darstellen zu können und damit dem Nothaushalt zu entrinnen. Zweimal lehnte der Rat das in diesem Jahr ab.

Keinen Nutzen in der Einrichtung einer Sparkommission sah der Grunder Ortsvorsteher Martin Born, der als fraktionsloses Mitglied in den Rat gewählt wurde und gegen ihre Einberufung stimmte. Born hatte im Vorfeld zur Sitzung die Differenz zwischen dem nun von der SPD genannten möglichen Gewerbesteuerersatz und dem Vorschlag der Verwaltung ausgerechnet. Demnach würde es die von der Verwaltung vorgeschlagene und mehrheitlich abgelehnte Steuermehrbelastung erst Mitte 2021 zu einer höheren Belastung des Gewerbesteuerzahlers führen als der von der SPD in den Raum geworfene Vorschlag.

Gestern meldeten sich auch die Grünen zu Wort, die wegen einer Berlin-Reise in der Ratssitzung „blau“ gemacht hatten. In einem offenen Brief bitten sie SPD-Frontmann Helmut Kaufmann, den Weg der Sparkommission zu beschleunigen. In Hilchenbach regiere seit der Kommunalwahl im Mai „faktisch eine rot-schwarze Große Koalition (mit einem liberalen Anhängsel), der gegenüber die Fraktionen der UWG und der Grünen in

die Position des Zuschauers verbannt wurden“, heißt es in dem Schreiben. Das sei das Resultat eines völlig normalen demokratischen Prozesses und an sich nicht weiter tragisch. „Was wir als Opposition allerdings seit nunmehr drei Monaten zu sehen bekommen, ist erschreckend und erfüllt uns mit tiefer Sorge.“ Hilchenbach habe sich in den vergangenen Jahren einen „Ruf als lebendiges, der Zukunft zugewandtes Gemeinwesen erworben“ – als engagierte Kulturstadt, als weltoffene und familienfreundliche „Klimakommune Nr. 1“ im Kreis Siegen-Wittgenstein. „Wir können stolz auf unsere Stadt sein.“

Doch seit einigen Monaten verdunkelte sich das Gesicht der Stadt. Die Nachrichtenlage sei verheerend: „Hilchenbach steckt im Nothaushalt. In Hilchenbach geht nichts mehr.“ Beispielhaft nennen die Grünen die Zukunft von Familienbüro, Café International, Kulturellem Marktplatz und der LEADER-Teilnahme. „Kurz und schlecht: Die Aufbruchstimmung der letzten Jahre ist einer Abbruchstimmung gewichen.“

„Wohin wollt Ihr unsere Stadt steuern?“, fragt Grünen-Fraktionschef Dr. Peter Neuhaus seinen SPD-Kollegen. „Warum beschädigt Ihr ohne Not, was wir alle und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren aufgebaut haben? Hilchenbach war ein Glanzlicht in Siegen-Wittgenstein. Ihr seid dabei, ein Schlusslicht daraus zu machen.“

Inzwischen seien „einige leise Signale für die Rückkehr der Vernunft aus den Reihen der SPD-Fraktion“ zu vernehmen. Kaufmanns Vorschlag zur „maßvollen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer“ entspreche in etwa dem, was Verwaltung, UWG und Grüne seit Monaten vorgeschlagen hätten. „Wir begrüßen Deinen Vorschlag ausdrücklich, denn er zeigt einen Weg auf, wie wir die Lähmung unserer Stadt überwinden und wieder zu einer gestaltenden Politik zurückfinden können.“

Die Zeit dränge nun, finden die Grünen. Sie schlagen daher vor, „unverzüglich von der Verwaltung prüfen zu lassen“, ob auf der Basis der von der SPD vorgeschlagenen Zahlen „schon jetzt ein Weg aus dem Nothaushaltsrecht gewiesen werden kann, ohne auf die langen und erfahrungsgemäß viel Staub aufwirbelnden Debatten in der sog. Sparkommission warten zu müssen.“